



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 28./29. Juni / 6. Juli 2022

In der Sommersession gab es einige Gesetzesänderungen zu diskutieren. Das dominierende Thema war aber der Ausbau der **Autobahn A1** zwischen Luterbach und Härkingen auf neu sechs Spuren. Die Federführung dazu liegt beim Bund; der Kanton konnte jedoch entscheiden, ob bzw. welche flankierenden Massnahmen mitumgesetzt werden sollen. Im Gespräch war eine Untertunnelung von rund 500 Metern. Die Kosten dafür liegen gemäss Gutachten bei rund 150 Mio. Franken. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis war dabei sogar für die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) nicht gegeben, also für jene Kommission, welche primär auch Umwelt-Aspekte im Vordergrund hat. Ebenso haben sich weder die Gemeindepräsidenten vom Gäu, noch der Bauernverband und auch nicht die GLP (als «grüne» Partei) wirklich gross für diese Variante eingesetzt, woraus abgeleitet werden kann, dass der Nutzen für Umwelt und Bevölkerung wahrhaftig eher gering ist. Die Tunnel-Variante wurde in der Folge mit 50:37 (bei 8 Enthaltungen) abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde schliesslich der Vorlage, welche «nur» eine Lärmschutzwand in Oensingen vorsieht, mit 78:5 (bei 12 Enthaltungen) zugestimmt.

In diesem Kontext ging es auch um den **Neubau eines neuen Kreisels** bei der Autobahnausfahrt Egerkingen, welcher unbestritten war und einstimmig angenommen wurde.

Eher so nebenbei verlief die Debatte zum **Jahresabschluss** des Vorjahres, welcher jeweils Ende Juni behandelt wird. Der Grund lag darin, dass die Rechnung 2021 sehr positiv abgeschlossen hat – und dies trotz den zusätzlichen Ausgaben, welche aufgrund der Corona-Massnahmen nötig wurden. Die noch Ende 2020 – bei der Erstellung des Budgets – befürchteten grossen Ausgaben und sinkenden Einnahmen blieben aus.

Überarbeitet wurde das **ÖV-Gesetz**. Das Wort der Stunde lautet dabei «Dekarbonisierung». Neu sollen Versuchsbetriebe und zusätzliche Angebote für Ausflugsziele stärker gefördert werden. Die Änderungen wurden deutlich angenommen.

Geändert wurde das **Kantonsratsgesetz**. Die Corona-Massnahmen hatten den Kantonsratsbetrieb in den letzten zwei Jahren ziemlich durcheinander gewirbelt. Was früher ganz normal war, wird heute plötzlich hinterfragt. So unter anderem die Frage, ob man bei einer Sitzung zwingend physisch vor Ort sein muss oder ob auch eine Teilnahme via PC möglich wäre. Der Kantonsrat hat einer solchen Möglichkeit zugestimmt, allerdings unter klaren Vorgaben und nur in speziellen Krisenzeiten.

Ein Volksauftrag verlangte, dass Neubauten mit **Solaranlagen** ausgestattet werden sollen, sofern das Kosten-Nutzen-Verhältnis über die Lebensdauer positiv ist. Zudem sollte der Kanton mit zinslosen Darlehen die Investitionen quasi mitfinanzieren. Der Regierungsrat hat dazu einen geänderten Wortlaut erarbeitet, welcher nicht ganz so «radikal» ist und besser in die bereits angestossene Energiestrategie passt. So sehr die gestellten Forderungen im Sinne der Erreichung der CO2-Reduktionen anstrebenswert sind, gilt es immer auch zu beachten, dass sie einer möglichen Volksabstimmung standhalten, weshalb der Spatz in der Hand oft besser ist als die Taube auf dem Dach.

### In Kürze

Die Stadt Grenchen löst per Ende Jahr ihre **Stadtpolizei** auf, wodurch neu der Kanton diese Aufgaben übernehmen muss. Ein entsprechender Kredit wurde – mangels Alternative – einstimmig gesprochen. Das **Amtsblatt** soll zukünftig elektronisch publiziert werden (Möglichkeit für Papierversion bleibt bestehen). Weiter ging es um **Zugsausfälle** in Oensingen.

Die nächste Session findet am 6./7./14. September 2022 statt.

[www.evp-so.ch](http://www.evp-so.ch) | [www.andrewyss.ch](http://www.andrewyss.ch)

### Persönlich

Neu eingereicht habe ich einen Auftrag, welcher zum Ziel hat, die **Gemeinden bei Ortsplanrevisionen zeitlich und finanziell zu entlasten**. Eine Ortsplanungsrevision ist für die Gemeinden mit ihrem Milizsystem ein grosser Kraftakt. Der Kanton wird daher gebeten, die Gemeinden hier (zusätzlich) zu unterstützen.

Ein zweiter Vorstoss ist eine Kleine Anfrage zum Thema **«Corona-Missbrauch»**. Bereits vor zwei Jahren habe ich einen ähnlichen Vorstoss eingereicht. Damals war einiges aber noch unsicher. Heute ist ein Fazit möglich. Es geht darum, in Erfahrung zu bringen, wie viel Corona-Gelder missbräuchlich beantragt wurden und welcher Schaden somit für den Kanton entstanden ist.

Meine Interpellation im Zusammenhang mit **Testkäufen bei Alkohol- und Tabakverkäufen** kam just nicht mehr an die Reihe und wird somit im September Thema sein.

*André Wyss*